

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis für den Monat April Mark 2800.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande 2800.— zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 100 Mk. zuzügl. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg. Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontogel., Zweigst. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum Mk. 130.—, auswärts Mk. 150.—. Reklamazeile 350 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Anstufstellung werden jeweils 75 Mk. mehr berechnet. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konfliktfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachahrgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 88

Februar 1923

Wildbad, Dienstag, den 17. April 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Ruhrkrieg im Osten

Ein neuer Polenputsch

Während in Paris Poincaré mit den belgischen Ministern über „technische Fragen der Ruhrbesetzung“ soll heißen über neue Gewaltmaßnahmen beriet, scheint im Osten an der polnischen Grenze ein neues Gewitter gegen Deutschland heraufzuziehen. Der Polenputsch im deutschgebliebenen Westoberschlesien soll den Druck des Ruhrkriegs unterstützen, und natürlich ist es Frankreich, das dabei seine Hand im Spiel und alle Hände voll zu tun hat. Die Mobilisierung im polnischen Oberschlesien wird von französischen Offizieren geleitet. Seit zehn Tagen hält sich General Lerond in Polen auf. Der Befehl anderer Generale wird angeordnet. Kollert ist auch schon da. Foch, begleitet von General Weygand, wird zum 3. Mai, dem polnischen Nationalfeiertag erwartet. Das Hauptquartier der Rüstungen ist Kattowitz. Allmählich kommen dort aus dem Innern Polens ganze Transporte von Truppen in Zivilkleidern an. Unzählige außerplanmäßige Jäger rollen auf der Strecke von Bosen nach Oberschlesien. Ihre Fahrgäste sind nur Männer. Sie gehören zu den zehn Jahrgängen Wehrpflichtiger, die schon im Januar dieses Jahres durch öffentlichen Anschlag in Sosnowice einberufen wurden. Die Berliner polnische Gesandtschaft hat damals die Einberufungen (sowie die Befehle an alle ehemaligen polnische Militärärzte zu einer sechsmonatlichen Übung) abgelehnt. Heute wird sie nicht mehr so lebhaft leugnen können. Heute haben ja auch die ostoberschlesischen Aufständischen ihre Bestellungen erhalten und müssen sich zum 15. April ab in Alarmbereitschaft halten. Von diesem Tag an gelten sie als reguläres Militär.

Wer kann da noch bestreiten, daß man den Korstanteuten Mut zu neuen Taten gemacht hat? Dieser Ruhrkrieg im Osten ist von langer Hand vorbereitet. Schon ehe Poincarés glorreiche Einbrecher-Armee in Essen einzog, konnte man in der alten Polenstraße, der deutschgeschriebenen „Oberschlesischen Grenzzeitung“, die Klagen lesen, Ostpreußen und Schlesien hätten unbedingt bis zur Oder polnisch werden müssen. Das sei ein „großer Fehler“ der Teilnahme gewesen, die das unterlassen hätten. (1) „Die nicht erlangten Gebiete“, so hieß es in dem Artikel, sind die landwirtschaftliche Grundlage Deutschlands. Dessen Traum ist nicht mehr der Handel sondern neues Getreide, neue Bauern, neue Soldaten. Das haben die überleben, welche der Vermehrung der deutschen Rasse einen Damm entgegenzusetzen wollten.“ Ein Dorf sei Deutschland mehr wert, als eine Fabrik. Mit dem Ruhrgebiet habe man den „Preußen“ die Kriegarsenale belassen, mit Ostpreußen und dem Hinterland der Ober aber die Soldaten.

Erst dann hat sich die Deutschnähe in Ober- und Ostpreußen verstärkt. Sie kann nur den Zweck haben, einzeln die dort wohnenden Deutschen das Leben so zu vergällen, daß sie freiwillig das Land verlassen, und andererseits den polnischen Vorstoß gegen die deutsch gebliebenen Gebiete vorzubereiten. In Kattowitz kam es zu einer förmlichen Deutschenjagd und in Bosen hielt der bisher als gemäßigter geltende polnische Ministerpräsident Sidorstki eine Rede gegen Deutschland, die in dem Gedanken gipfelte, der Starke habe immer Recht und der Schwache müsse als der Zwangene in den Hintergrund treten. War das nicht, wie wenn Poincaré sich räuspert und spuckt? Französisches System hat auch in dem polnischen Zivilwesen, das bereits in Gleiwitz und anderen Städten Westoberschlesiens blüht und für dessen besondere Technik man sich wie an der Ruhr Eilfässer verschrieben hat.

Wie verhält sich nun die Regierung in Warschau zu diesem kaum noch verschleierten Ruhrkrieg im Osten? Zu wiederholten Malen versicherte sie, das Vorgehen Frankreichs im Westen gehe Polen politisch und militärisch nichts an, es seien rein wirtschaftliche Maßnahmen, die den französisch-polnischen Bündnisvertrag nicht berühren. Wollen aber die maßgebenden Leute in Warschau etwa nicht wahr haben, daß schon leinzeitig, als Frankreich die Rheinlandbesetzung auf Frankfurt a. M. ausdehnte, Polens Regimente auf französisches Geheiß bereit standen, um gegebenenfalls den französischen Vorkrieg durch einen Vormarsch in deutsches Gebiet zu unterstützen? Und heute? Heute zittert Polen vor der Entscheidung, ob der Bündnisfall mit Frankreich gegeben ist. Das Militärabkommen ist zwar ein Geheimvertrag. Aber jeder weiß, wie weit es schon durchgeführt ist. Der Chef der französischen Militärmission ist Herr im polnischen Haus. Nicht nur der polnische Generalstab und das Kriegsministerium sind mit französischen Generalfeldherren durchsetzt, sondern auch die polnischen höheren Kommandostellen vom Batallionskommandeur an aufwärts sind zu einem großen Teil in der Hand des französischen Kriegsministers. Frankreich braucht nur auf der Knopf zu drücken und die Mine fliegt auf. Ob die Herren die jetzt in Paris zusammensitzen, sich wohl dieser Gefahr bewußt sind?

Tagesspiegel

An die polnischen Freischützer in Ostoberschlesien läßt die Regierung Waffen verteilen. Der französische General Lerond ist im polnischen Hauptquartier in Kattowitz eingetroffen. Dem Marschall Foch wurde der Titel eines Marschalls des polnischen Heers verliehen.

Der republikanische Aufstand in Irland kann nunmehr als niederge schlagen gelten. Der Befehlshaber der Aufständischen hat die Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet.

Nachdem das sozialistische Kabinett Branting zurückgetreten ist, hat der König von Schweden den Führer der Konserwativen, Reichsgerichtsrat a. D. Trygger mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt.

Verwirrung in Paris

Kloy als Gegenspieler Loucheurs

Die Dinge werden in Paris von Tag zu Tag weniger klar. Heute wird bekannt, daß der Finder des gestohlenen Wortes „Der Boche bezahlt alles“, der frühere Finanzminister Kloy, sich geheim drei Tage in London aufgehalten hat. Man läßt durchblicken, daß auch er einen Auftrag hatte, und daß er mit führenden polnischen Persönlichkeiten verhandelt habe. Kloy als Gegenspieler von Loucheur, das ist ein guter Witz. Er und Loucheur gehörten dem Kabinett Clemenceau an, das für den Friedensvertrag von Versailles verantwortlich ist. Er und Loucheur waren Mitglieder der Kommission, die den Friedensvertrag ausgearbeitet hat. Er, Loucheur und Lardieu sind die geistigen Urheber der meisten wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die der Friedensvertrag enthält. Man kann sich also nicht gut vorstellen, daß Kloy nach London gegangen ist, um nachzuprüfen, ob das, was Loucheur über die Stimmung in Regierungen- und politischen Kreisen berichtet, den Tatsachen entspricht. Wäre dem aber so, wie man in Paris behauptet, dann müßte man allerdings in London einen seltsamen Begriff von der vielgerühmten einheitlichen und zielbewußten Ruhrpolitik Poincarés bekommen. Kloy zählt sich immer noch zur radikalen Kammerfraktion, aber in fast allen wichtigen Fragen, die den Friedensvertrag betreffen, hat er sich von ihr getrennt und bewußt die Haltung der Partei Clemenceaus gefördert, wenn er auch aus Klugheit nicht als deren Befürworter hervorgetreten ist. Kloy kann also in London nur die Aufgabe erfüllt haben, die Spuren Loucheurs zu verwischen.

Loucheur vertritt in Frankreich die Strömung, die aus den Wirtschaftskreisen hervorgeht und die offenbar jetzt nach einem Ausweg sucht, um aus dem Ruhrunternehmen ein praktisches Ergebnis zu erzielen. Kloy deckt wider die militaristischen Politiker im Ruhrgebiet und jenen kleinen Kreis der Schwerindustrie, der immer noch von der Erz- und Kohlenpolitik träumt, aber ihren Erfolg nicht mit England, sondern gegen England durch ein Abkommen mit Deutschland erzielen und dessen Industrie erschlagen will. Das sind die Leute, die von der „Kontinentalpolitik“ träumen, die sie zuerst durch Ausnutzung Russlands in die Wege leiten wollten. Nach ihrer Abfuhr in Italien spielen sie heute die Schlichterinnen und erklären, daß sie ihre Interessen erst verteidigen wollen, wenn die Politiker im Ruhrgebiet Deutschland auf die Knie gezwungen haben. So wird immer klarer, immer offener, daß die Haltung der Pariser Presse nur den Zwiespalt bemängeln sollte, der vorhanden ist und den man ausgleichen sucht durch das Dazwischentreten der belgischen Minister. Beide beherrschenden Strömungen suchen einen Ausgleich mit England, die einen dadurch, daß sie den Verbündeten vor eine vollendete Tatsache stellen wollen, die andern aber, daß sie versuchen, ihn zur französischen Ruhrpolitik auf Grund eines allerdings für Deutschland unannehmeren Programms zu bekehren. Bonar Law wird in wenigen Tagen, das ist die Ueberzeugung aller französischen politischen Kreise zu wählen haben, um so mehr als er von der Opposition dazu gezwungen werden wird, je mehr sich zeigt, daß man in Paris zum großen Schlag ausholt, um alle Kreise zum Schwitzen zu bringen, die eine Lösung suchen, die den allgemeinen wirtschaftlichen Interessen dient.

Auf dem Höhepunkt

Anebelung des Kohlenverkehrs

Essen, 16. April. General Degoutte hat den Behörden in Essen den Befehl zugehen lassen, daß keine Kohlen, weder für die Eisenbahn noch für die Industrie oder den Hausbedarf, aus den Gruben ohne Passierschein mehr ausgehen darf. Der Kohlenpassierschein wird nur ausgestellt, wenn zuvor die Kohlensteuer an die französische oder belgische Behörde bezahlt ist. — Da die Steuerentrichtung an den Feind von der Reichsregierung streng

verboten ist, bedeutet der französische Befehl die Stilllegung des Kohlenverkehrs.

Einschnürung des Autoverkehrs

Koblenz, 26. April. Nach einer Verfügung der Rheinlandkommission werden Kraftwagen, Motor- und Fahrräder, für die nicht ein Passierschein vom französischen Zollamt in Wiesbaden ausgestellt ist, an den Zollsperrern vom besetzten ins unbesetzte Gebiet nicht mehr durchgelassen. — Die Verfügung läuft darauf hinaus, den Übergang ins unbesetzte Gebiet überhaupt zu unterdrücken und die in das besetzte Gebiet laufenden Wagen und Räder wie in einer Falle zu fangen.

Die Beamtenausweisung

Essen, 16. April. Bis jetzt wurden 1142 Zoll- und 92 Steuerbeamte, zusammen 1234, aus den besetzten Gebieten ausgewiesen. An Gefängnisstrafen wurden von den französischen und belgischen Militärgerichten zusammen 25 Jahre 5 Tage, an Geldstrafen 58½ Millionen Mark verhängt. In diesen Zahlen sind die ausgewiesenen Beamten des Gerichtswesens, der Verwaltung, der Eisenbahn und der Post, die Gemeindebeamten, Polizei und Privatpersonen nicht inbegriffen.

Als am Samstag der Reichsgraf von Westerholt, der Vater des 1920 von Sozialisten ermordeten Grafen, in Buer beerdigt wurde, ist der Amtmann von Klein-Large-Herten aus der Trauerveranstaltung weg von den Franzosen verhaftet worden.

Millionentraub

Duisburg, 16. April. Belgische Kriminalbeamte verlangen vom stellvertretenden Oberbürgermeister eine „Kontribution“ von 75 Millionen Mark. Als der Vertreter erklärte, er sei nicht in der Lage das Geld zu beschaffen, wurde er verhaftet.

Die französische Behörde hat die städtischen Weinbestände in Düsseldorf im Wert von über 100 Millionen Mark beschlagnahmt, weil die Bezahlung der Weinsteuer verweigert wurde.

In Herne wurde das Gewerkschaftshaus und das evangelische und katholische Vereinshaus von Franzosen besetzt. In Gladbeck sind alle auf der Straße befindlichen Kohlenwagen beschlagnahmt worden.

Der „New York Herald“ erfährt in den meisten Bezirken des Ruhrgebiets werde der Kohlenverkehr überhaupt verboten werden. Die französischen und belgischen Truppen sollen verstärkt und in allen besetzten Gebieten Waren in größtem Umfang als „Entschädigung“ beschlagnahmt werden. Wenn die volle Kohlensteuer nicht bezahlt werde, so werden die Gelder den Gemeinde- und Fabrikanten entnommen werden. Nach der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ soll die Erweiterung der Besetzung ins Auge gefaßt sein.

Köln, 16. April. Von den in Mülheim beschlagnahmten 250 Millionen Mark Reichsbanknotenformularen versuchte die Banque Belge in Köln 100 Millionen der Reichsbanknoten zur Gutschrift vorzulegen. Die Reichsbankstelle lehnte die Gutschrift, durch die der Raub anerkannt worden wäre, ab und machte die vorgelegten Stücke durch Durchlöcherung unbrauchbar.

Bei Gelsenkirchen haben die Franzosen zwei weitere Stimmesgruben und die Bonifaziuszechen besetzt.

Mainz, 16. April. Einem Kaufmann wurden auf dem Weg nach Gensheim von zwei französischen Gendarmen 250 Millionen Mark, die er auf Postcheckkonto einzahlen wollte, weggenommen.

In Wiesbaden wurden die aus der Stadt führenden Straßen durch Schlagbäume gesperrt.

Mannheim, 16. April. Die französische Zollüberwachung zwischen Mannheim und Ludwigshafen ist wesentlich verstärkt worden, wodurch der Verkehr bedeutend erschwert wird.

Saarbrücken, 16. April. Die französische Grubenverwaltung des Saargebiets hat wegen des Lohnstreiks 1500 Arbeiterfamilien die grubeneigenen Wohnungen auf 1. Mai gekündigt.

Cunos Trauerrede beanstandet

Berlin, 16. April. Die französische Regierung hat in einer Note an die Reichsregierung Beschwerde erhoben, daß Reichskanzler Cuno in seiner Rede im Reichstag über die Blutopfer in Essen von „feindlichen Nationen“ gesprochen habe. — Soll man über diese Heuchelei sich empören oder lachen?

Für die besetzten Gebiete

Memel, 16. April. Trotz der eigenen Bedrückung durch die Litauer wird im Memelgebiet für die Leidenden des Rhein- und Ruhrgebiets eifrig gesammelt. Selbst die Befragung des

